



**Ilse Aigner, 44:**  
„Dass es in den  
bestehenden  
Gesetzen Defizite  
gibt, liegt auf der  
Hand“

# „Haben Berater eine Watsch'n verdient, Frau Aigner?“

**Anlegerschutz** | Eine Studie des Bundesministeriums für Verbraucherschutz zur Finanzberatungsqualität erschreckt die Branche. CSU-Ministerin Ilse Aigner über Gründe von Milliarden Schäden und neue Gesetze

**€uro:** Frau Aigner, die Verfasser der Studie\* zur Qualität der Finanzberatung in Deutschland verteilen heftige Ohrfeigen: Die Qualität sei mangelhaft, Gesetze begünstigten dies und der Durchschnittsverbraucher sei mangels finanzieller Bildung kaum fähig, Qualität zu erkennen. Wie äußert sich das in den Depots?

**Ilse Aigner:** Offensichtlich haben sehr viele Menschen in Finanzprodukte investiert, die nicht zu ihren Anlagezielen passen. Laut der Studie erreichen ungefähr 50 bis 80 Prozent aller Langfristverträge ihre Ablaufdaten nicht. Die Vermögensschäden werden auf 20 bis 30 Milliarden Euro jährlich geschätzt.

**€uro:** Haben Sie ein Beispiel parat?

**Aigner:** Sie wissen selbst, dass viele Anleger Lehman-Zertifikate im Depot haben, die nach der Pleite der US-Investmentbank nun nahezu wertlos sind. Oft haben diese Anleger sie nur deshalb nicht rechtzeitig verkauft, weil ihnen von Vermittlern davon abgeraten wurde. Ich kann Ihnen auch Briefe zu anderen Fällen zeigen, bei denen Ihnen die Tränen kommen.

**€uro:** So schlimm?

**Aigner:** Mir hat zum Beispiel eine 80-jährige Dame geschrieben, bei der es um 25 000 Euro geht. Geld, das sie eigentlich auf ein Sparsbuch legen wollte und das zur Absicherung von Pflegekosten gedacht war. Stattdessen wurde ihr ein Anteil an einem Immobilienfonds vermittelt, ohne dass sie das bemerkt hat. Der Immobilienfonds wurde geschlossen und die Dame kommt nicht mehr an ihr Geld ran.

**€uro:** Bei Finanzinstituten, Maklerfirmen und Strukturvertrieben sorgt Ihre Studie für Wirbel. Vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) wird sie als

„wenig seriös“, gar „diskreditierend“ bezeichnet. Dagegen wird sie von produktentwicklerunabhängigen Maklerpools wie MLP gelobt. Wie deuten Sie die Kontroverse?

**Aigner:** Ich finde es gut, dass die Debatte in Gang gekommen ist. Viele Verbraucher sehen es positiv, dass wir die Beratungsqualität und die Branchenregulierung anpacken. Kritiker sind eingeladen, auf unserer Fachtagung am 10. März in Berlin mitzudiskutieren. Dort erwarten wir Vertreter aller Interessengruppen, auch von Verbraucherverbänden.

**€uro:** Hierzulande gibt es – Bankmitarbeiter ausgenommen – rund 450 000 Finanzvermittler. Das heißt, im Schnitt kommt einer auf 180 Einwohner. Ein bisschen viel, oder?

**Aigner:** Entscheidend ist meiner Ansicht nach, ob die Vermittler gut ausgebildet sind oder nicht. Deren Qualifizierung war ja ein wesentlicher Kritikpunkt in der Studie. Ich kann versichern, dass wir die Mindestqualifikationsstandards hinterfragen werden.

**€uro:** Es gibt ja schon Regeln, zum Beispiel die Finanzmarktrichtlinie MiFID und die Versicherungsvermittlervverordnung. Aber was nützen die, wenn sie aufgrund von Ausnahmeregelungen vom Gros der Vermittler umgangen werden können und – laut Studie – kaum zu besserer Beratung führen?

**Aigner:** Genau das zeigt ja, dass wir dieses Thema umfassend angehen müssen. Wir werden uns auch die Ausnahmeregelungen in den bestehenden Gesetzen anschauen. Dass es hier Defizite gibt, liegt auf der Hand.

**€uro:** Die Studienautoren schlagen vor, dass zum Beispiel alle Investmentfonds-Vermittler nach Kreditwesengesetz (KWG) behandelt →



„Finanzvermittler sind eben auch nur Menschen.“ Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner im Gespräch mit €uro-Redakteur Mario Müller-Dofel



Ich will hier niemandem etwas unterstellen. Aber führt vielleicht auch der Druck der Chefs zu schlechter Beratung?"

→ werden sollten. Dies würde bedeuten, dass Strukturvertriebe, die heute noch massenhaft Nebenberufler einsetzen, dann Tausende Vermittler entlassen müssten. Ansonsten dürften die Firmen die Qualifizierungskosten kaum verkraften. Abgesehen davon, dass viele Nebenberufler die hohen KWG-Standards ohnehin nicht erreichen würden.

**Aigner:** Das haben Sie gesagt. Ich würde das so pauschal nicht behaupten. Es gibt bestimmt auch gut qualifizierte Nebenberufler.

**€uro:** Bestimmt ...

**Aigner:** Wir sollten doch auch hinterfragen, welche Vertriebsstrukturen hinter denen stecken. Führt vielleicht auch der Druck ihrer Chefs zu schlechter Beratung? Ich will hier niemandem etwas unterstellen. Aber wenn ein Vermittler mit bestimmten Zielvorgaben unter Druck gesetzt wird, zielt seine Motivation vielleicht nicht unbedingt auf die beste Beratungsqualität. Finanzvermittler sind eben auch nur Menschen – und leiden mitunter unter den Vorgaben ihrer Vorgesetzten.

**€uro:** Sie drücken sich sehr vorsichtig aus.

**Aigner:** Wie gesagt, Pauschalurteile sind bei diesem vielschichtigen Thema unangebracht.

**€uro:** Verkaufsdruck ergibt sich auch oft aus der Art und Weise der Bezahlung. Die Studie suggeriert, dass viele Vermittler mehr auf ihre Provisionen schielen als auf den Kundennutzen. Wie wollen Sie das ändern?

**Aigner:** Es ist überlegenswert, die Höhe der Abschlussprovisionen zu reduzieren. Dafür könnte der Anteil der längerfristigen

Bestandsprovisionen erhöht werden. Das sind die jährlichen Vergütungen, die beispielsweise Fondsvermittler aus den von den Anlegern zu zahlenden jährlichen Fondsverwaltungsgebühren erhalten. Uns wurde auch schon vorgeschlagen, dass Vermittler mit einem Promillesatz an der Gewinnentwicklung beteiligt sein sollten. Als Ministerium streben wir außerdem an, dass die Nettorenditen von Finanzanlagen ausgewiesen werden müssen. Das würde Kosten und Nutzen für die Verbraucher transparenter machen.

**€uro:** Sie wollen zudem die Haftungsfrist für Finanzvermittler von drei auf zehn Jahre verlängern. Was erhoffen Sie sich davon?

**Aigner:** Die Verbraucher hätten die Chance, eine Falschberatung länger geltend zu machen. Das stellt sich ja oft erst nach mehr als drei Jahren heraus. Nach heutiger Gesetzgebung wäre dann aber die Frist für eventuelle Schadenersatzforderungen abgelaufen. Und mancher Vermittler würde bei zehn Jahren Haftungsfrist vielleicht eher daran denken, dass sich das verkaufte Produkt für den Kunden auch langfristig auszahlen sollte.

**€uro:** Und wie kann der Kunde nachweisen, wenn er falsch beraten wurde? Da sitzt man meist zu zweit am Tisch, ohne Zeugen.

**Aigner:** Es gibt viele Vermittler, die ihre Beratungen bereits für sich protokollieren. Wir möchten einen Schritt weitergehen: Das Protokoll sollte dem Verbraucher übergeben werden, damit dieser es in Ruhe prüfen kann. Dadurch könnte er auch im Nachhinein besser



reflektieren, was ihm eigentlich vom Vermittler geraten wurde. So könnte viel Streit darüber, ob die Beratung nun richtig oder falsch war, vermieden werden.

**€uro:** Dafür müssten Sie auch den laut Studie „unzureichenden finanziellen Bildungsstand“ des durchschnittlichen Verbrauchers verbessern. Können Sie das?

**Aigner:** Bildungspolitik ist Ländersache. Ich würde es jedoch begrüßen, wenn bereits die Schüler mehr über Wirtschaft und Finanzen lernen würden. Wenn sich die Verbraucher mit ihrer Finanzplanung ebenso intensiv auseinandersetzen würden wie beispielsweise mit dem Autokauf, gäbe es wahrscheinlich weniger Probleme. Mein Ministerium wird eine Checkliste entwickeln, in der stehen soll, wonach die Verbraucher in einer Finanzberatung fragen sollen. Die könnten wir einfach ins Internet stellen.

**€uro:** Haben Sie persönlich eigentlich einen Finanzberater?

**Aigner:** Ja, in meiner Hausbank. Die weiß, was ich brauche, und berät mich sehr gut. Wir haben ein langes Vertrauensverhältnis.

**€uro:** Sie lassen sich also wie jeder „Normalbürger“ in der Filiale beraten?

**Aigner:** Entweder das. Oder mein Berater kommt zu mir nach Hause.

**€uro:** Hausbesuch bei der Verbraucherschutzministerin? Das macht doch der Chef persönlich, oder?

**Aigner:** (lacht) Zugegeben, mich berät der Filialleiter. Das hat er aber auch schon

gemacht, bevor ich Verbraucherschutzministerin wurde. Wir kennen uns seit vielen Jahren.

**€uro:** Was hat er Ihnen zuletzt geraten?

**Aigner:** Ich soll abwarten, wie sich die Märkte entwickeln, und derweil in Festverzinsliche gehen. Das war mit Blick auf die Finanzkrise ein sehr guter Tipp.

**€uro:** Einige Leute aus der Finanzbranche kolportieren Folgendes: Sie, Frau Aigner, würden deren Beratungsqualität nur deshalb gerade jetzt öffentlich thematisieren, weil die Finanzkrise eine gute Gelegenheit für Sie ist, sich kurz nach Ihrem Amtsantritt als Verbraucherschützerin auf Kosten der Finanzbranche zu profilieren. Was ist da dran?

**Aigner:** Gar nichts. Die Studie wurde bereits 2007 von meinem Vorgänger Horst Seehofer beauftragt. Da war die Finanzkrise noch kaum erkennbar. 2008 war die Studie fertig. Danach wurde sie im Ministerium geprüft und vor Kurzem veröffentlicht, damit wir schnell die nächsten Schritte einleiten können.

**€uro:** Die wie aussehen?

**Aigner:** Wir prüfen, ob die Fristverlängerung für Haftungsansprüche sowie die Beratungsprotokollierung an ein laufendes Gesetzesvorhaben gehängt werden können. Das ist nicht einfach, da wir nicht mehr viel Zeit bis zum Ende der Legislaturperiode im Herbst haben. Die anderen Regulierungsvorschläge aus der Studie können erst in der nächsten Legislaturperiode behandelt werden.

**€uro:** Ob diese beiden Neuregelungen kommen, hängt vor allem vom SPD-geführten Bundesfinanzministerium ab. Zieht Finanzminister Steinbrück in Ihrem Sinne mit?

**Aigner:** Wir wollen mit den Maßnahmen das derzeit extrem erschütterte Verbrauchervertrauen stärken. Das käme allen Parteien, aber auch der Finanzwirtschaft zugute. Deshalb glaube ich, dass bei den anstehenden Arbeiten vernünftig zusammengearbeitet wird.

**€uro:** Und glauben Sie auch, dass Sie die Lobby der Finanzbranche ohne großen Widerstand gewähren lässt?

**Aigner:** Das würde ich so noch nicht sagen.

**€uro:** Vielen Dank für das Gespräch.

**Ilse Aigner** wurde am 7. Dezember 1964 in Feldkirchen-Westerham (Bayern) geboren. Nach dem Realschulabschluss 1981 absolvierte sie eine dreijährige Ausbildung zur Radio- und Fernsehtechnikerin, arbeitete dann im elterlichen Elektro-Handwerksbetrieb und ließ sich 1990 in der Hubschrauber-Entwicklung der heutigen EADS-Tochter Eurocopter anstellen. Ilse Aigner, die bereits seit 1985 in der CSU aktiv war, wechselte 1994 hauptberuflich in die Politik – zunächst als Abgeordnete im Bayerischen Landtag. Seit 1998 ist sie Mitglied des Bundestags. Dort war sie in diversen Bildungs-, Haushalts- und Technologieausschüssen tätig. Im Oktober 2008 wurde die heute 44-Jährige als Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Nachfolgerin von Horst Seehofer, der zum bayerischen Ministerpräsidenten gewählt worden war und deshalb von Berlin zurück nach München zog.

\*Studie „Anforderungen an Finanzvermittler – mehr Qualität, bessere Entscheidungen“. Abrufbar im Internet unter: [www.bmelv.de](http://www.bmelv.de)